

# Dresdner Volkszeitung

Hauptkontor: Dresden,  
Laden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptkontor:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Altkreis

Abonnementspreis: frei wählend einschließlich Frachtkosten vom 1. bis 15. August  
35 000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 20 000,— M.  
Einzelnnummer 3 000,— M.  
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftskeller: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 36-spaltige Komposition 16 000,— M., auswärts  
18 000,— M., die 8-spaltige Komposition 6 000,— M., auswärts 7 000,— M.,  
Ausland 80 000 M., 160 000 M. bei mehrmaliger Aufgabe ermäßig. Familien-  
angeh., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefumschlag 5 000 M.

Nr. 185

Dresden, Freitag den 10. August 1923

34. Jahrg.

## Kritische Situation in Berlin

Berlin, 10. August 1923. Heute morgen sind die Arbeiter der großen Betriebe, A. G. O., Schwarzkopf, Vorfig usw., in passive Resistenz getreten. Sie schieden Deputationen an den Vorstand des A. D. O. V., an die Gewerkschaftsvorstände, die Reichstagsfraktion usw., worin sie den Sturz der Regierung Cuno, Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung, sofortige Auszahlung erhöhter Löhne usw. fordern. Die Situation wird dadurch verschärft, daß infolge des Buchdruckerstreikes sämtliche Zeitungen nicht erscheinen und auch die Reichsdruckerei und die anderen Druckereien, die Papiergeld herstellen, stillgelegt sind. Es fehlt deshalb den großen Betrieben an Mitteln zur Auszahlung der Löhne. In

Lichtenberg ist es zu Lebensmittelunruhen gekommen. Die Situation erscheint sehr kritisch und gefährlich.

## Riesendemonstration in Chemnitz

Chemnitz, 9. August. (Eigene Meldung.) Heute fand hier eine gewaltige Demonstration der gesamten Arbeiterschaft gegen Teuerung und Hunger und gegen die Reichsregierung statt. An der etwa 120 000 Personen teilgenommen haben. Die Demonstration ist in musterbildiger Ruhe und Ordnung verlaufen. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Hundertschaften hatten den Ordnungsdienst übernommen.

## Die Krise verschoben?

Ueber die Situation im Reichstage und die Rede des sozialdemokratischen Sprechers schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst:

Als der Reichstanzler Cuno am Mittwoch seine von keinem Staatsmännlichen Gesicht zeugende Rede abgelesen hatte, machte sich in allen Parteilagern eine starke Misstimmung gegen ihn geltend. Allgemein herrschte die Auffassung, daß die jetzige Regierung in dem Dörfelkampf, den das deutsche Volk seit Monaten führt, nicht fähig ist und ihr alle Eigenschaften dazu auch für die Zukunft fehlen werden. Aber die Verantwortung der Fragen: was wird werden, wenn wir Cuno jetzt stützen, und ist es zweckmäßig, in diesem Augenblick so vorzugehen?, hat die mit Recht entsetzten Gemüter bald wieder beruhigt. Als am Donnerstag nachmittag der Reichstag zu der großen politischen Debatte zusammentrat, dachte insbesondere schon deshalb niemand mehr an die Möglichkeit einer Krise, weil Cuno auf eine positive Vertrauensformel inwischen verzichtet hatte. Die plötzliche, aber verständliche Veränderung in der Auffassung der einzelnen Reichstagsfraktionen ist jedoch nur als vorübergehend zu betrachten — die Krise ist nur verschoben. Cuno ist nicht der Mann, der im gegebenen Falle mit der Entente verhandeln könnte, und infolgedessen hat seine Lage gekippt. Er soll die Möglichkeit haben, sein im wesentlichen von der Sozialdemokratie übernommenes Finanzprogramm durchzuführen, unsre Front von innen nach außen hin zu stärken, und dann dürfte seine Stunde geschlagen haben!

Die große politische Debatte wurde eingeleitet durch eine Rede unseres Genossen Hermann Müller. Scharf rechnete er mit den Gegnern des Staates von heute ab, die wir nicht nur in den Mitgliedern der Geheimorganisationen sehen, sondern auch in den Parteien, die an der traurigen Entwicklung unsrer Verhältnisse durch ihre Steuerscheu ein gewaltiges Maß Schuld tragen. Der Reichsbankpräsident hat bis heute noch nicht erkannt, was die Not der Stunde gefordert hat. Gegen ihn muß deshalb durch eine Verringerung des Autonomiegesetzes vorgegangen werden und diejenigen, die weiterhin nach Recht und Gerechtigkeit schreien, sollten sich nicht umdrehen, wenn ihre Worte jenseits der Grenze wirkungslos verhallen, solange sie in ihrem eigenen Staat nicht das tun, was sie von andern verlangen. In diesem Zusammenhang war Müllers Erwähnung der deutschen Mißverhältnisse, die so weit gediehen sind, daß heute ein verfassungstreuer deutscher Bürger kaum mehr ins Ruhrgebiet zu gehen braucht, um erschossen zu werden, und die Redefertigung des Verhaltens der sächsischen und der thüringischen Regierung gegenüber dem Reich vollkommen berechtigt. Die unerquidlichen Auseinandersetzungen, die wir in den letzten Tagen zwischen dem Reich und den einzelnen Ländern erleben mußten, waren von der Wilhelmstraße provoziert und wir möchten den verantwortlichen Politikern eines deutschen Freistaates sehen, der sich die Behandlung gefallen ließe, wie sie sich der Reichstanzler in den letzten Tagen gegenüber Sachsen aus Mangel an Sinn für politische Notwendigkeiten erlaubt hat.

Auch die Forderung nach Kampf gegen die Sabotage der passiven Abwehr war mehr als angebracht. Erst in diesen Tagen hat die Ruhrbevölkerung sich erst wieder mit den Folgewirkungen eines sinnlosen Attentats, das französischen Soldaten galt, gleichzeitig aber auch deutsche Bürger als Opfer forderte, abfinden müssen. Die Besatzungsmächte haben erneut das Ruhrgebiet auf acht Tage von jedem Verkehr abgesperrt und dadurch dem passiven Widerstand einen neuen Stoß versetzt. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, irgendeinen Anlaß zur Kapitulation zu geben, weil sie sich der Folgen eines derartigen Schrittes voll-

kommen bewußt ist. Aber gerade deshalb fordert sie entscheidende Maßnahmen gegen die Saboteure durch die amtlichen Instanzen, insbesondere aber die leicht mögliche Unterbindung der Dynamitzufuhr an diese Schelnpatronen durch die Reichswehr. Herr Weiler hat sich zwar aufgeregt, als Müller auf die Verbindungen zwischen Reichswehr und Geheimorganisationen zu sprechen kam, er hätte besser getan, zu schweigen und zu untersuchen, welcher seiner Offiziere in Münster den Saboteuren der passiven Abwehr Dynamit geliefert hat.

Der scharfe Kritik an dem bisherigen Verhalten der bürgerlichen Parteien und den Unterlassungsünden der Regierung, die die Grundlagen der bestehenden innerpolitischen Aufregung bilden, setzte Müller positive Forderungen der Abhilfe gegenüber. Er forderte, daß bereits heute unsre Politik sich auf die kommenden Verhandlungen mit der Reparationskommission als Beauftragte der Entente einstellt. Zu diesem Zweck begünstigt die Sozialdemokratie nicht mit der Durchführung steuerpolitischer und allgemein wirtschaftlicher Maßnahmen. Wir verlangen, daß für diese Verhandlungen, die infolge der katastrophalen Entwicklung der deutschen Verhältnisse nicht mehr zu umgehen sein werden, die Regierung alle sachlichen Unterlagen schafft, daß sie insbesondere bereits jetzt von den Garantien der Wirtschaft in der letzten Note an die Ententemächte Gebrauch macht und sie im Zusammenhang mit der Sachwerterefassung gesetzlich festlegt. Nur so ist eine Lösung im Innern zu erreichen, nur so können wir in der Welt moralische Eroberungen machen. Darüber hinaus ist u. a. eine Drogauwertsetzung notwendig, die den der Landwirtschaft zu tragen ist. Sie ist infolge der Nachkriegserscheinungen heute vollkommen aufzuheben und besitzt die finanzielle Stärke, auch mit einer derartigen Maßnahme dem Reich unter Zwang zu Hilfe zu eilen. Eine neue Säckungsaktion verbunden mit Maßnahmen wie Unterbindung des überflüssigen Imports sind außer unsern bekannten üblichen Forderungen auf schnellstem Wege zu verwirklichen. Auch die Frage des Eintritts in den Völkerbund muß schnell geklärt werden. Wir sind uns bewußt, daß von dem Völkerbund in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung nicht besonders viel zu erwarten ist; aber aus rein praktischen Gründen scheint uns der Eintritt notwendig. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es der englischen Regierung gelingt, einen Teil der schwebenden Fragen, die mit dem Reparationsproblem in Zusammenhang gebracht werden, dem Völkerbund zur Lösung zu überweisen. In einem derartigen Fall wäre es besser, dabei zu sein, als in dem Vor der Tür zu stehen und dann vergeblich um Einlaß zu bitten. Noch ist es Zeit. Nach dem Stand des Völkerbundes müssen Anträge auf Eintritt vier Wochen vor Beginn der Plenarsitzung gemacht werden. Eine Suspension von dieser Frist ist jedoch möglich. Zwar hat sich der Reichsaussenminister in seiner fast inhaltslosen Rede am gestrigen Tage sehr kühl über den Gedanken des Eintritts ausgesprochen. Das besagt jedoch nichts dafür, daß dieser Gedanke nicht berechtigt wäre, sondern spricht eher dafür.

Es ist, wenn auch mit einiger Skepsis, anzuerkennen, daß endlich auch die bürgerlichen Mittelparteien einsehen, wo wir in Deutschland stehen und daß die drohenden sozialen Unruhen nur durch entscheidende Taten verhindert werden können. Herr Stresemann hat sich am Donnerstag erneut vor aller Öffentlichkeit für die Belastung der Sachwerte ausgesprochen. Auch sein Bestreben, zu dem Staat, wie er ist, muß herabgehoben werden. Leider aber haben wir oft gute Versicherungen aus dem bürgerlichen Lager gehört, ohne daß aber bisher sowohl das Zentrum wie auch die Demokraten und die Volkspartei sich entsprechend in der Praxis verhalten hätten. Im gegenwärtigen Aussehen nehmen wir gerne an, daß ihnen die Not des Volkes auf den Nägeln brennt und daß sie diesmal auch in der praktischen Durchführung der jetzt zur Verabschiedung kommenden Gesetze sich stärker beteiligen werden, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Von ihrem Verhalten wird manches für die deutsche Zukunft abhängen. Vorläufig noch fehlt uns das Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien wie zur Regierung Cuno!

## Die Lage im Westen

Die Meldungen besagen, daß die neue Verkehrsperre scharf gehandhabt wird. Zwischen den Bahnhöfen Wilhelm-Seiden und Essen-West ist angeblich ein Sabotageversuch gemacht worden. Daher ist sowohl der Straßenbahnverkehr vom 9. bis zum 13. August wie auch der Nachtverkehr auf der Dauer von acht Tagen verboten worden.

In Gelsenkirchen hat die Stadtverwaltung die befohlene Einrichtung von 108 Zimmern für französische Eisenbahnerfamilien abgelehnt. Darauf haben die Besatzungsstruppen sich in den Möbelgeschäften und Läden einfach Möbel und Haushaltsgeräte angeeignet. Im Säuglingsheim in Wismar wurde fast die ganze Inneneinrichtung an Betten, Stühlen usw. fortgenommen, ebenso im Rathaus zu Dorne.

In Hagen kam es wegen Fehlens der Karloffeln zu großen Demonstrationen. Um der Not zu weichen, hat die Stadtverwaltung mehrere Waggons holländischer Karloffeln zum Preise von 100 000 M. für das Pfund eingekauft, mit der Maßnahme, sie für 60 000 M. für das Pfund abzugeben, und zwar werden drei Pfund verabreicht. Die Stadtverwaltung setzt also an jedem Pfund 40 000 M. zu, aber auch diese ermäßigten Preise konnten die Hausfrauen vielfach nicht aufbringen.

Paris, 9. August. Nach Savas hat der Kassationshof das Kassationsurteil im Krupp-Prozess abgelehnt, und zwar mit derselben Begründung wie seinerzeit im Thyssen-Prozess. Auch das Kassationsurteil des Reichsgerichtes Müller ist zurückgewiesen worden.

## Die passive Resistenz der Bergarbeiter

Münster, 9. August. (Eig. Drahtbericht.) Aus Anlaß des Wessensbundes auf der Höhe Hugo bei Buer haben die Franzosen über das in der Umgebung der Höhe gelegene Städtchen von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens eine Verkehrsperre verhängt. In Gladbeck hat die Besatzung von der Stadt die Lieferung einer belgischen Kohne verlangt. Die Forderung ist abgelehnt worden. Die Franzosen beabsichtigen, die Höhe Wismar bei Gelsenkirchen in Regiebetrieb zu nehmen. Zur Sicherung der Arbeiter sollen bei jeder Höhe deutsche Bürger mit der Besatzung zusammen eintreffen. Die passive Resistenz der Bergarbeiter in den Bezirken Wülme, Reddinghausen, Boitrop und Buer dauert ununterbrochen an. In Wülme haben sich die Köhler-Werte, deren Arbeiter eine Vorschusszahlung von zehn Millionen Mark forderten, der Bewegung angeschlossen. In Reddinghausen ist wegen Kohlenmangels infolge Streiks auf der Höhe Ludwig dem Breiten an die Einstellung der Gaszufuhr zu erwarten. Im Essener Bezirk haben die Besatzungskräfte die Verdrängung von Notstandsarbeiten eingestellt und die Pferde aus der Grube geholt. Die Höhe Döhlfen-Tiefbau hat die Förderung für die Wasserwerke eingestellt. Zur Beilegung der Differenzen im Bergbau ist neben umfangreichen Maßnahmen zur Besserung der Ernährungsfrage die sofortige Annullierung ausstehender Geldmittel an die Beiden unbedingt erforderlich.

## Dreieinhalbfache Kohlenpreissteigerung

Berlin, 9. August. Die Organe der Kohlenwirtschaft beschließen heute unter dem Einfluß der Lohn- und Materialpreissteigerungen eine Kohlenpreissteigerung um etwa 300 v. H. Der Bruttoerlös für rheinisch-westfälische Rettsförderlöcher wird sich demnach von bisher 5 188 000 M. für die Tonne auf 23 267 600 Mark erhöhen. Dementsprechend steigen sich die Preise für die anderen Bezirke. Die neuen Preise gelten ab 9. August bis Ende nächster Woche. Ab dann wird eine automatische Anpassung der Kohlenpreise an die Lebenshaltung und den Großhandelsindex eintreten.

Sudet. Ausgleich kommt die Meldung: In der Sitzung der Sudetendirektionen wurde vorgeschlagen, angesichts der raschen Markterholung den Doppelzentner Sudet mit 85 bis 12 Millionen Mark zum Verkauf zu bringen. — Demnach kostet also ein Pfund Sudet 50 000 bis 60 000 M. im Großhandel!

## Die englische Regierung einig

London, 9. August. In einer Vollsitzung des Kabinetts wurde zur Reparations- und der Ruhrfrage Stellung genommen. Das Kabinett einigte sich über die neue an Frankreich und Belgien zu richtende Antwort. Diese wird in kurzer Frist nach Paris und Brüssel telegraphiert. Die britischen Schriftstücke sollen nächste Woche veröffentlicht werden. Die nächste Kabinettsitzung wird erst nach Veröffentlichung der britischen Dokumente stattfinden, weil Baldwin und seine Kollegen großen Wert darauf legen, festzustellen, welche Unterstützung die Dokumente finden.

## Deutschland hat nichts zu erwarten

London, 9. August. Das offiziöse Kementerian erklärt: Die Erklärung des Reichstanzlers Cuno, daß Deutschland von England nichts erwarten wird, in möglichen Fällen London vergrüßt. Es wird betont, daß es völlig irrelevant wäre, anzunehmen, daß England Deutschland aus dem von ihm selbst herangezogenen Wirrwarr herauszuziehen wünsche. Auch ist England nicht geneigt, Deutschland den bedingungslosigen Verzicht auf den passiven Widerstand anzuraten. Die britische Regierung ist an der Durchsetzung gänzlich unbedingteilig und kann deshalb nicht einseitig Stellung nehmen, auch nicht an der Seite der Alliierten. Wie bekannt, stehen keinerlei englisch-deutsche Unterhandlungen in unmittelbarer Aussicht, insofern wäre es nicht richtig, zu sagen, daß die Möglichkeit einer Sonderantwort gänzlich außer Frage steht, wenn auch die britische Regierung zur Zeit nicht die Absicht habe, irgend etwas zu unternehmen, was die englisch-französischen Beziehungen noch weiter verbessern würde. Die amtlichen Kreise Englands sind immer noch der Meinung, daß auf den deutschen Vorschlag eine Antwort gegeben solle, und sie würden es vorziehen, wenn ihre Antwort mit einer solchen der Alliierten vereinigt würde.